



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 17.-20. April 2023 Straßburg

„Fit für 55“: Abstimmung über Gesetze zur Erreichung des Klimaziels 2030

Die Abgeordneten wollen über die Reform des Emissionshandelssystems, einschließlich des Luft- und Seeverkehrs, das CO₂-Grenzausgleichssystem und einen neuen Klima-Sozialfonds abstimmen.

4

Klimawandel: Abstimmung über neue Regeln gegen Entwaldung durch EU-Konsum

Das neue Gesetz soll verhindern, dass Produkte aus entwaldeten Flächen weltweit auf den EU-Markt gelangen. Unternehmen sollen verpflichtet werden, dies sicherzustellen.

6

Debatte über die China-Politik der EU

Am Dienstag diskutiert das Parlament über die Antwort der EU auf die wachsenden globalen Herausforderungen, die von einem zunehmend repressiven und außenpolitisch offensiven China ausgehen.

8

Kriegsverbrechen: Debatte über den Haftbefehl des IStGH gegen Wladimir Putin

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat am Mittwochmorgen einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen.

9

Luxemburgischer Premierminister Xavier Bettel spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Mittwochmorgen mit dem Premierminister von Luxemburg, Xavier Bettel, über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

10

Moldau: Abgeordnete befassen sich mit den jüngsten politischen Turbulenzen

Das Parlament wird am Mittwoch über eine Entschließung abstimmen, in der die Herausforderungen für den EU-Beitrittskandidaten Moldau bewertet werden.

11

Asyl und Migration: Abgeordnete legen Position für Gespräche mit dem Rat fest

Das Parlament wird seine Verhandlungsmandate für die Reform des Asylsystems der EU und für Maßnahmen zur Erleichterung der legalen Migration annehmen. 12

Neue Regeln zur Rückverfolgung von Kryptowertetransfers

Endgültige Abstimmung über die ersten EU-Regeln zur Sicherstellung der Rückverfolgung von Kryptowertetransfers, um Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und andere Straftaten zu verhindern. 13

CO2-Abbau: Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe

Nach einer Debatte am Montag wird das Parlament am Dienstag über eine Entschließung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen abstimmen. 15

Antidiskriminierungsrichtlinie: EP fordert Rat auf, Gesetzentwurf freizugeben

In dem Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten die EU-Länder auf, den wegen erforderlicher Einstimmigkeit seit 15 Jahren blockierten Gesetzgebungsprozess zum Abschluss zu bringen. 17

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 19

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2023-04-17>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 17.-20. April 2023 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragung der Plenartagung](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP-Multimedia-Center](#)

[EP Newshub](#)

[EP-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen \(EP Think Tank\)](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Maren HÄUSSERMANN

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ maren.hauessermann@europarl.europa.eu

„Fit für 55“: Abstimmung über Gesetze zur Erreichung des Klimaziels 2030

Die Abgeordneten wollen über die Reform des Emissionshandelssystems, einschließlich des Luft- und Seeverkehrs, das CO₂-Grenzausgleichssystem und einen neuen Klima-Sozialfonds abstimmen.

Nach einer Debatte am Montag wird das Parlament am Dienstag über die mit den EU-Ländern Ende 2022 getroffenen Vereinbarungen zu mehreren wichtigen Rechtsvorschriften abstimmen, die Teil des Pakets "[Fit for 55 in 2030](#)" sind. Dabei handelt es sich um den EU-Plan, den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) bis 2030 im Einklang mit dem [europäischen Klimagesetz](#) um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

Emissionshandelssystem (ETS)

Mit der [Einigung über die Reform des Emissionshandelssystems](#) (EHS) werden die Ziele für 2030 erhöht, die kostenlosen Zertifikate für Unternehmen schrittweise abgeschafft und ein eigenständiges Emissionshandelssystem für den Straßenverkehr und Gebäude (EHS II) geschaffen, das bis 2027 einen Preis für Emissionen aus diesen Bereichen festlegt.

Das Parlament wird auch über die Einbeziehung der Treibhausgasemissionen aus dem [Seeverkehr](#) in das ETS und die Überarbeitung des ETS für den [Luftverkehr](#) abstimmen.

CO₂-Grenzausgleichssystem

Gemäß der [Vereinbarung mit den EU-Ländern](#) wird ein EU-Grenzausgleichsmechanismus (*Carbon Border Adjustment Mechanism* - CBAM) eingerichtet, um sicherzustellen, dass Unternehmen, die in die EU importieren und unter das EU-Emissionshandelssystem fallen, die Differenz zwischen dem im Produktionsland gezahlten Kohlenstoffpreis und dem höheren Preis der Kohlenstoffzertifikate im EU-Emissionshandelssystem ausgleichen. Dadurch werden Anreize für Nicht-EU-Länder geschaffen, ihre Klimaziele zu erhöhen, und es wird sichergestellt, dass die Klimabemühungen der EU und anderswo nicht dadurch untergraben werden, dass die Produktion aus der EU in Länder mit weniger ehrgeizigen Klimazielen verlagert wird.

Klima-Sozialfonds

Durch eine [getrennte Vereinbarung mit den Mitgliedstaaten](#) wird ein EU-Klima-Sozialfonds eingerichtet, um sicherzustellen, dass die klimapolitische Wende gerecht und sozial inklusiv verläuft. Der Fonds würde finanziell schwächeren Haushalten, Kleinstunternehmen und Verkehrsnutzern helfen, die besonders von Energie- und Mobilitätsarmut betroffen sind. Wenn er vollständig eingerichtet ist, wird er aus der Versteigerung von ETS-II-Zertifikaten bis zu einem

Betrag von 65 Mrd. Euro finanziert, wobei weitere 25 % durch nationale Mittel abgedeckt werden (was einem geschätzten Gesamtbetrag von 86,7 Mrd. Euro entspricht).

Debatte: Montag, 17. April

Abstimmung: Dienstag, 18. April

Pressekonferenz mit den Berichterstattern Peter Liese (EVP, DE), Esther de Lange (EVP, NL), David Casa (EVP, MT), Mohammed Chahim (S&D, NL): Dienstag, 18. April, 14:00 Uhr

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigungen in erster Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Emissionshandelssystem \(ETS\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: CO2-Grenzausgleichssystem](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Klima-Sozialfonds](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems für den Luftverkehr](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Seeverkehr](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Klimawandel: Abstimmung über neue Regeln gegen Entwaldung durch EU-Konsum

Das neue Gesetz soll verhindern, dass Produkte aus entwaldeten Flächen weltweit auf den EU-Markt gelangen. Unternehmen sollen verpflichtet werden, dies sicherzustellen.

Die neue Verordnung, die am Montag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht und bereits [mit den EU-Mitgliedsstaaten vereinbart](#) wurde, trägt dazu bei, den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt zu bekämpfen, indem sie die Abholzung von Wäldern im Zusammenhang mit dem EU-Verbrauch von Produkten aus Rindern, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja, Holz, Kautschuk, Holzkohle und bedruckten Papierprodukten verhindert. Das neue Gesetz würde Unternehmen eine Sorgfaltspflicht auferlegen. Sie müssten weltweit überprüfen, dass Waren nicht auf abgeholzten oder degradierten Flächen hergestellt wurden - bevor sie auf den EU-Markt gelangen. Die Unternehmen müssten eine so genannte Sorgfaltserklärung abgeben.

Hintergrund

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) [schätzt](#), dass zwischen 1990 und 2020 420 Millionen Hektar Wald - eine Fläche größer als die EU - durch Entwaldung verloren gegangen sind. Der EU-Verbrauch macht etwa [10 % der weltweiten Entwaldung aus](#). Palmöl und Soja machen davon mehr [als zwei Drittel](#) aus.

Im Oktober 2020 machte das Parlament von seinem [im Vertrag verankerten Vorrecht](#) Gebrauch und [forderte die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzulegen](#), um die von der EU verursachte weltweite Entwaldung zu stoppen.

Debatte: Montag, 17. April

Abstimmung: Mittwoch, 19. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Pressemitteilung - „Deal on new law to ensure products causing deforestation are not sold in the EU“ \(06.12.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Towards deforestation-free commodities and products in the EU“ \(07.09.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Die Europäische Union und die Wälder“](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Brazil and the Amazon Rainforest: Deforestation, biodiversity and cooperation with the EU and international forums“ \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt der Kommission - „Biodiversität: Entwaldungsfreie Produkte auf dem EU-Markt“](#)

[EP-Infoclip - „Common products associated with deforestation and forest degradation“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Debatte über die China-Politik der EU

Am Dienstag diskutiert das Parlament über die Antwort der EU auf die wachsenden globalen Herausforderungen, die von einem zunehmend repressiven und außenpolitisch offensiven China ausgehen.

Die Plenardebatte wird erwartungsgemäß ein breites Spektrum von Themen im Zusammenhang mit den Beziehungen der EU zu Peking beleuchten, vor dem Hintergrund des anhaltenden Aufstiegs Chinas zu einer politischen und wirtschaftlichen Macht auf der Weltbühne.

Zu Beginn des Jahres 2023 wiederholte das Parlament seine Forderung nach einer [erneuerten, umfassenderen und kohärenteren EU-China-Strategie](#), die den Herausforderungen Rechnung tragen sollte, die sich aus dem Aufstieg Chinas zum globalen Akteur und seiner zunehmend repressiven Innenpolitik und zunehmend offensiven Außenpolitik ergeben.

Angesichts des aggressiven militärischen Vorgehens Chinas gegen Taiwan haben die Abgeordneten das Vorgehen Pekings wiederholt verurteilt und eine Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Taipeh gefordert. Das Parlament hat China mehrfach wegen der Verfolgung von und Verbrechen gegen die Uiguren und andere Minderheiten in der Region Xinjiang kritisiert.

Debatte: Dienstag, 18. April

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur Volksrepublik China](#)
[Multimedia-Center des EP: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Kriegsverbrechen: Debatte über den Haftbefehl des IStGH gegen Wladimir Putin

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat am Mittwochmorgen einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen.

Die [Haftbefehle](#) gegen Präsident Putin und Maria Lvova-Belova, Kinderrechtsbeauftragte des russischen Präsidenten, wurden am 17. März 2023 ausgestellt. Beide werden verdächtigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben, wegen rechtswidriger Vertreibung oder Überführung von Kindern aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation.

Die Abgeordneten werden sich während der Plenardebatte voraussichtlich auch eingehend mit der Frage der Sicherheit ukrainischer Kinder befassen. Es gibt unterschiedliche Berichte, die davon ausgehen, dass Tausende von ihnen nach Beginn des Moskauer Angriffskrieges gegen die Ukraine entführt oder unfreiwillig nach Russland verschleppt worden sein könnten.

Debatte: Mittwoch, 19. April

Verfahren: Erklärung des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Luxemburgischer Premierminister Xavier Bettel spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Mittwochmorgen mit dem Premierminister von Luxemburg, Xavier Bettel, über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

Dies ist die neunte Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel „Das ist Europa“. Die erste fand auf der Plenartagung im März 2022 mit [Kaja Kallas](#) statt, der Ministerpräsidentin Estlands. Im Mai tauschten sich die Abgeordneten mit dem italienischen Premierminister [Mario Draghi](#) aus, und im Juni mit dem irischen Ministerpräsidenten [Micheál Martin](#) sowie mit dem kroatischen Premier [Andrej Plenković](#). Im Juli redete der griechische Premierminister [Kyriakos Mitsotakis](#) vor dem Parlament, und im September die [finnische Premierministerin Sanna Marin](#). Der slowenische Premier [Robert Golob](#) sprach im Dezember 2022 und der litauische Präsident [Gitanas Nausėda](#) im März 2023.

Der 1973 geborene Xavier Bettel wurde im Dezember 2013 zum Premierminister ernannt und fünf Jahre später erneut in dieses Amt berufen. Er wurde 1999 zum ersten Mal in das luxemburgische Parlament gewählt und war von 2011 bis Ende 2013 Bürgermeister der Stadt Luxemburg.

Debatte: Mittwoch, 19. April

Weitere Informationen

[Biografie von Xavier Bettel](#)

[Kostenloses Multimedia-Material zu den „Das ist Europa“-Debatten](#)

Moldau: Abgeordnete befassen sich mit den jüngsten politischen Turbulenzen

Das Parlament wird am Mittwoch über eine EntschlieÙung abstimmen, in der die Herausforderungen für den EU-Beitrittskandidaten Moldau bewertet werden.

Die EntschlieÙung schließt sich an eine [Plenardebatte](#) zum selben Thema im März 2023 an.

Anfang dieses Jahres warnte die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, Russland wolle einen Staatsstreich provozieren, unter anderem durch Sabotage und das Schüren von Unruhen, um den EU-Integrationsprozess des Landes zu stoppen.

Als eines der ärmsten Länder Europas leidet die Republik Moldau unter den politischen und wirtschaftlichen Unruhen, die durch den Einmarsch Russlands in das Nachbarland Ukraine ausgelöst wurden, einschließlich Straßenprotesten und der Verhaftung mutmaßlicher Verschwörer in der Hauptstadt Chişinău. Die Republik Moldau muss auch die Herausforderungen angesichts des separatistischen, prorussischen abtrünnigen Staats Transnistrien bewältigen, in dem Russland eine Militärpräsenz aufrechterhält.

Dem Land wurde im Juni 2022 zusammen mit der Ukraine der Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt.

Debatte: Dienstag, 14. März

Abstimmung: Mittwoch, 19. April

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Moldawien](#)
[Multimedia-Center des EP: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Asyl und Migration: Abgeordnete legen Position für Gespräche mit dem Rat fest

Das Parlament wird seine Verhandlungsmandate für die Reform des Asylsystems der EU und für Maßnahmen zur Erleichterung der legalen Migration annehmen.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat Ende März 2023 vier Berichte über neue [Screening-Verfahren](#), Regeln für das [Asyl- und Migrationsmanagement und zur Bewältigung von Krisensituationen](#) angenommen. Die Abgeordneten sprachen sich auch für Änderungen an zwei Vorschlägen zur legalen Migration aus, die sich auf [Arbeits- und Aufenthaltstitel](#) und den [Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten für Drittstaatsangehörige](#) beziehen.

Wie in der [Geschäftsordnung des Parlaments](#) festgelegt, werden die Entscheidungen des Ausschusses zur Aufnahme von Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten über die endgültige Form jedes dieser Gesetze am Montag zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben. Die Abgeordneten oder eine oder mehrere Fraktionen, die mindestens 10% des Parlaments ausmachen, können eine Abstimmung über die Beschlüsse beantragen, die dann am Donnerstag stattfinden würde. Wenn es keine Einwände gibt, können die Abgeordneten Gespräche mit dem Rat über die Dossiers aufnehmen, zu denen die Mitgliedstaaten bereits einen eigenen Standpunkt festgelegt haben.

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Screening-Verordnung](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Europäisches Strafregisterinformationssystem für Drittstaatsangehörige \(ECRIS-TCN\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Verordnung zur Bewältigung von Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Asyl- und Migrationsmanagement](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Richtlinie über eine kombinierte Erlaubnis \(Neufassung\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Richtlinie betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen \(Neufassung\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Neue Regeln zur Rückverfolgung von Kryptowertetransfers

Endgültige Abstimmung über die ersten EU-Regeln zur Sicherstellung der Rückverfolgung von Kryptowertetransfers, um Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und andere Straftaten zu verhindern.

Die Gesetzgebung, auf die sich die Verhandlungsführer des Parlaments und des Rates im Juni 2022 [vorläufig geeinigt](#) haben, soll sicherstellen, dass Transfers von Kryptowerten, wie jede andere Finanztransaktion auch, stets zurückverfolgt und verdächtige Transaktionen blockiert werden können. Die so genannte „*Travel Rule*“ (Reiseregulierung), die es im traditionellen Finanzwesen bereits gibt, wird in Zukunft auch für Überweisungen von Kryptowerten gelten. Diese Regel verlangt von Zahlungsdienstleistern, die Übermittlung von Angaben zum Zahler und zum Zahlungsempfänger während der gesamten Zahlungskette zu gewährleisten. Die Vorschriften würden auch Transaktionen über 1000 Euro von sogenannten nicht betreuten Geldbörsen („*un-hosted wallets*“) abdecken, wenn diese mit betreuten Geldbörsen („*hosted wallets*“) interagieren, die von Anbietern von Krypto-Dienstleistungen verwaltet werden.

Einheitliche EU-Marktregeln für Kryptowerte

Es wird erwartet, dass das Plenum auch endgültig grünes Licht für neue gemeinsame Regeln für die Aufsicht, den Verbraucherschutz und den Umweltschutz für Kryptowerte, einschließlich Kryptowährungen, geben wird. Die Regeln, die im Juni 2022 informell mit dem Rat vereinbart wurden, beinhalten Schutzmaßnahmen gegen Marktmanipulation und Finanzkriminalität. Um den hohen CO₂-Fußabdruck von Kryptowährungen zu verringern, werden wichtige Dienstleister ihren Energieverbrauch offenlegen müssen.

Debatten: Mittwoch, 19. April

Abstimmungen: Donnerstag, 20. April

Pressekonferenz: Mittwoch, 19. April, 14.30 Uhr

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Übertragung von Kryptowerten\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Märkte für Kryptowerte\)](#)

[Profil des Mitberichterstatters von ECON: Ernest Urtasun \(Grüne/EFA, ES\)](#)

[Profil der Mitberichterstatterin aus LIBE: Assita Kanko \(EKR, BE\)](#)

[Profil des Berichterstatters: Stefan Berger \(EVP, DE\),](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Markets in crypto-assets \(MiCA\)“ \(auf Englisch\)](#)

CO2-Abbau: Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe

Nach einer Debatte am Montag wird das Parlament am Dienstag über eine EntschlieÙung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen abstimmen.

In dem Textentwurf prüfen die Abgeordneten, inwieweit und wie der Abbau von Kohlenstoff durch Wälder, landwirtschaftliche Verfahren und technologische Lösungen dazu beitragen kann, bis spätestens 2050 Klimaneutralität in der EU zu erreichen.

Die klimaeffiziente Landwirtschaft (*Carbon Farming*) ist beispielsweise eine Möglichkeit für Landwirte, ihr Geschäftsmodell zu verändern. Der EntschlieÙungsentwurf schlägt vor, dass den Landwirten Anreize geboten werden sollten, sich freiwillig für einen Übergang zu agrarökologischen und nachhaltigen agroforstwirtschaftlichen Verfahren zu entscheiden, die auch die biologische Vielfalt fördern.

In dem Entwurf heißt es außerdem, dass Technologien wie CO₂-Abscheidung aus der Luft (*direct air capture*), die mit einer dauerhaften Speicherung kombiniert werden und wissenschaftlich erwiesen und umweltverträglich sind, zur Erreichung der Klimaneutralität beitragen können. Der Kohlenstoffabbau sollte jedoch die rechtlich verbindliche Verringerung der Treibhausgasemissionen ergänzen und nicht ersetzen.

Hintergrund

Die Kohlenstoffbindung durch Wälder, Landwirtschaft und technologische Lösungen muss eine immer wichtigere Rolle spielen, wenn die EU bis 2050 klimaneutral werden soll, denn jede Tonne CO₂-Äquivalent, die in die Atmosphäre ausgestoßen wird, muss durch eine Tonne CO₂ neutralisiert werden, die der Atmosphäre entzogen wird. Im Dezember 2021 nahm die Kommission die "[Mitteilung über nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe](#)" an, in der ein Aktionsplan zur Entwicklung nachhaltiger Lösungen für einen konsequenteren Kohlendioxidabbau dargelegt wird.

Debatte: Montag, 17. April

Abstimmung: Dienstag, 18. April

Verfahren: Nichtlegislative Initiative

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Pressemitteilung - „Carbon removals: More efforts needed to achieve carbon neutrality, say MEPs“ \(01.03.2023, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Alexander Bernhuber \(EVP, Österreich\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Antidiskriminierungsrichtlinie: EP fordert Rat auf, Gesetzentwurf freizugeben

In dem Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten die EU-Länder auf, den wegen erforderlicher Einstimmigkeit seit 15 Jahren blockierten Gesetzgebungsprozess zum Abschluss zu bringen.

Die derzeitigen EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung wurden fragmentiert angenommen, wobei einige Formen der Diskriminierung nur am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt abgedeckt sind.

Das Parlament will den Rat auffordern, die Arbeit an einer neuen, umfassenden Antidiskriminierungsrichtlinie freizugeben, die den rechtlichen Schutz gegen Diskriminierung auf EU-Ebene ausweiten würde, einschließlich der Diskriminierung aus Gründen des sozialen Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung. Das Parlament hat 2009 seinen [Standpunkt](#) zum [Vorschlag der Kommission](#) angenommen, aber das Gesetzgebungsverfahren wurde aufgrund der Zurückhaltung einiger Mitgliedstaaten blockiert.

Die Mitgliedstaaten setzen den EU-Rahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung nicht ordnungsgemäß um, heißt es in dem Textentwurf, der auch auf Probleme bei der Umsetzung der einschlägigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hinweist.

Die Abgeordneten wollen, dass der Text vor der Europawahl 2024 angenommen wird.

Debatte: 15. März

Abstimmung: Mittwoch, 19. April

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[EP-Pressemitteilung - „Time to deal with structural and institutional racism in the EU, MEPs say“ \(10.11.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Pressemitteilung - „Fundamental rights in the EU: long-standing problems exacerbated by COVID-19“ \(15.09.2022, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Alice KUNKE \(Grüne/EFA, SE\)](#)

[Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2022](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema Diskriminierung](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Rechtsstaatlichkeit\)](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche - *Abstimmung über Verhandlungsmandate*
- Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und bessere Informationen, *Bericht: Biljana Borzan, Abstimmung Dienstag*
- Leitlinien für den EU-Haushalt 2024 - *Bericht: Janusz Lewandowski, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Lage in Peru, *Erklärung der Kommission, Dienstag*
- Energiespeicherung - Vorbereitungen auf den nächsten Winter - *Erklärung der Kommission, Debatte Dienstag*
- Visafreiheit Kosovo, *Bericht: Thijs Reuten*
- Warschauer Ghetto, 80. Jahrestag des Aufstands, *Erklärung der Präsidentin*
- Die institutionellen Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat - *Bericht: Loránt Vincze, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Annahme der Vorschläge des Cyber-Pakets - *Erklärung der Kommission*
- Maschinenprodukte - *Bericht: Ivan Štefanec, Abstimmung Dienstag*
- Die Umsetzung der zivilen GSVP und sonstige die zivile Sicherheit betreffende Unterstützung durch die EU, *Bericht: Alviina Alametsä, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- EU-Schnelleingreifkapazität, EU-Gefechtsverbände und Artikel 44 EUV: Das weitere Vorgehen, *Bericht: Javi López, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Beziehungen EU-Irak, *Erklärung des EU-Außenbeauftragten, Dienstag*
- EU-Strategie für globale Gesundheit, *Erklärungen von Rat und Kommission, Mittwoch*
- Allgemeine Entkriminalisierung der Homosexualität vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in Uganda - *Erklärungen von Rat und Kommission, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Vermächtnis des Europäischen Jahres der Jugend, *Fragestunde mit der Kommission, Dienstag*

- Digitaler Euro - *Erklärungen von Rat und Kommission, Debatte Mittwoch*
- Dieselgate: Verdacht auf den weit verbreiteten Einsatz von Abschaltvorrichtungen in Fahrzeugen zur Verringerung der Wirksamkeit von Abgasreinigungssystemen - *Erklärungen von Rat und Kommission, Debatte Mittwoch*
- Sicherung der Arbeitskräftemobilität und der sozialen Rechte von streikenden Lkw-Fahrern aus Drittländern - *Erklärungen von Rat und Kommission, Debatte Dienstag*
- Damit die Menschen gesund, das Wasser trinkbar und der Boden bewohnbar bleiben: Schadstoffe für immer loswerden und EU-Chemikalienrecht jetzt stärken - *Debatte zu einem aktuellen Thema, Mittwoch*
- EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern - *Erklärung der Kommission, Donnerstag*
- Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC): Ein Aufruf zu dringenden zusätzlichen Maßnahmen - *Erklärung der Kommission, Donnerstag*